

Stand: 25.12.2025 22:33:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/133

"Gründungspaket für freiberufliche Hebammen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/133 vom 22.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/185 vom 23.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 23.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter und Fraktion (CSU)

Gründungspaket für freiberufliche Hebammen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung zur Stärkung der Hebammenversorgung durch ein Gründungspaket in Form einer Niederlassungsprämie für erstmals in Bayern freiberuflich tätige Hebammen. Ziel dieser Förderung ist die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung. Gleichzeitig wird der gesellschaftlichen Bedeutung des Hebammenberufs Ausdruck verliehen. Die Förderung erfolgt im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel bzw. bleibt künftigen Haushaltsaufstellungen vorbehalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über den Stand der Umsetzung und weitere Schritte zur Umsetzung des Gründungspakets für Hebammen zu berichten.“

Begründung:

Die Hebammenhilfe für werdende Mütter und ihre Familien vor, während und nach der Geburt ist ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung. Die Hebamme ist der erste Ansprechpartner vieler Schwangeren und junger Eltern. Insofern ist es von erheblicher Bedeutung, dass auch jede werdende Mutter von einer Hebamme unterstützt werden kann und die Wahrnehmung des Rechts auf Hebammenhilfe nicht durch Angebotsengpässe erschwert wird. Die „Studie zur Hebammenversorgung im Freistaat Bayern“ des IGES Instituts vom Juli 2018 kommt zu dem Ergebnis, dass hinsichtlich der Hebammenversorgung in Teilen Bayerns ein Handlungsbedarf besteht. Auch wenn die Anzahl der voraussichtlich in den kommenden fünf Jahren aus Altersgründen ausscheidenden Hebammen durch die zu erwartenden Absolventinnen gedeckt werden, lässt die durchgeführte Befragung nicht auf einen ausreichenden Hebammennachwuchs schließen. Grund hierfür ist, dass rund 60 Prozent der freiberuflichen Hebammen und knapp die Hälfte der angestellten Hebammen aufgrund einer zu hohen Arbeitsbelastung über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit nachgedacht haben. Fast jede dritte Hebamme erwog

nach dieser Befragung, ihr Angebot an Wochenbettbetreuung einzuschränken oder aufzugeben. Das Ergebnis dieser Studie nimmt die Staatsregierung ernst und schafft mit der Niederlassungsprämie in Höhe von einmalig 5.000 Euro einen effektiven Anreiz zur Niederlassung für erstmals in Bayern freiberuflich tätige Hebammen. Damit wird die entsprechende Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode umgesetzt.

Besonders wichtig ist bei der näheren Ausgestaltung dieser Förderung, dass die Prämie zeitnah, möglichst noch im Jahr 2019, ausgezahlt wird und das Verfahren unbürokratisch gestaltet wird. Die bayerischen Hebammenverbände sind bereits im Vorfeld bei der Festlegung der Fördervoraussetzungen einzubeziehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/133

Gründungspaket für freiberufliche Hebammen

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung zur Stärkung der Hebammenversorgung durch ein Gründungspaket in Form einer Niederlassungsprämie für erstmals in Bayern freiberuflich tätige Hebammen. Ziel dieser Förderung ist die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung. Gleichzeitig wird der gesellschaftlichen Bedeutung des Hebammenberufs Ausdruck verliehen. Die Förderung erfolgt im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel bzw. bleibt künftigen Haushaltsaufstellungen vorbehalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über den Stand der Umsetzung und weitere Schritte zur Umsetzung des Gründungspakets für Hebammen zu berichten.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Susann Enders

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Kerstin Celina

Abg. Christina Haubrich

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Staatsministerin Melanie Huml

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Gründungspaket für freiberufliche Hebammen (Drs. 18/133)

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Enders von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Diesen Satz hat mit Sicherheit jeder von Ihnen schon einmal gehört: in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik oder in der Bundespolitik. Diese salbungsvollen Worte werden häufig und gern von Politikern aller Couleur wunderbar genutzt und bis zum Erbrechen benutzt.

Vielleicht irritieren Sie jetzt meine harten Worte zu einem Satz, den doch jeder von uns sofort aus vollster Überzeugung unterschreiben würde. Wir brauchen uns nicht darüber zu wundern, dass Politiker von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr ernst genommen werden, wenn zum einen gesagt wird, unsere Kinder seien unsere Zukunft, und zum anderen auf bundes- und landespolitischer Ebene seit Jahren dafür gesorgt wird, dass Begriffe wie Fachkräftemangel, Rentabilität, Kostendeckung, DRG-Abrechnungssystem, Fallpauschalen, Geburtshilfe-Schließung, planbarer Kaiserschnitt, Krankenhaussterben, Hebammenmangel und Haftpflichtversicherung bereits die ersten Atemzüge eines jeden bayerischen Säuglings begleiten.

Unserem Dringlichkeitsantrag können Sie entnehmen, dass es bereits fünf nach zwölf ist. Die Studie des Freistaats Bayern durch das IGES Institut vom Juli 2018 belegt, dass bei der Hebammenversorgung in Teilen des Freistaats bereits jetzt dringender Handlungsbedarf besteht. Auch wenn die Anzahl der voraussichtlich in den kommen-

den fünf Jahren aus Altersgründen ausscheidenden Hebammen durch die Zahl der zu erwartenden Absolventinnen nahezu ausgeglichen wird, lässt die durchgeführte Befragung nicht auf einen ausreichenden Hebammennachwuchs schließen.

Grund hierfür ist, dass 60 % der freiberuflichen Hebammen und knapp die Hälfte der angestellten Hebammen aufgrund der zu hohen Arbeitsbelastung über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit nachgedacht haben. Fast jede dritte Hebamme erwog, den Versorgungsumfang zu reduzieren oder sogar ihren Beruf an den Nagel zu hängen.

Wir müssen auf politischer Ebene dafür sorgen, dass der Hebammenberuf endlich wieder erstrebenswert und attraktiv wird. Das gilt für freiberufliche Hebammen genauso wie für die an Krankenhäusern angestellte Hebammen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die medizinische Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen ist eine unserer Hauptaufgaben. Dazu gehört nun einmal auch die Geburtshilfe. In den Koalitionsvertrag konnten die FREIEN WÄHLER die Forderung einer Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro als effektiven Anreiz zur Niederlassung für freiberufliche Hebammen einbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen von der CSU für die Zustimmung zu diesem wichtigen Punkt und auch dafür, dass sie den Antrag der FREIEN WÄHLER unterstützen wollen. Ebenso danke ich den Verhandlern aus meinen eigenen Reihen für ihr Verhandlungsgeschick und ihr Durchhaltevermögen.

Jetzt erahne ich schon die Stimmen aus der Opposition, die sagen werden: nur einmalig 5.000 Euro, seid ihr wahnsinnig, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. – Meine Damen und Herren, Sie haben recht. Dieses Gründerpaket kann nur ein Baustein sein für das längst überfällige Umdenken in der bayerischen Gesundheitspolitik,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

der Beginn für weitere Handlungsschritte zur Sicherung der wohnortnahen, in Stadt und Land gleichwertigen, medizinischen Versorgung. Nicht Gewinnmaximierung, sondern Menschlichkeit muss wieder an erster Stelle der Gesundheitspolitik stehen. Der Patient ist kein Kunde, sondern ein Mensch, der Respekt verdient. Eines ist mir besonders wichtig: Das Personal darf nicht mehr zu einer Ressource degradiert werden, die man kostensparend einsetzt.

Der Koalitionsvertrag ist unsere gemeinsame Arbeitsgrundlage für die kommenden Jahre. Den Worten sollen auch Taten folgen; wir wollen liefern, und zwar jetzt. Daher bitte ich Sie alle, die Staatsregierung aufzufordern, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die Umsetzung des Gründerpaketes in Form einer Niederlassungsprämie für erstmals in Bayern freiberuflich tätige Hebammen zu berichten, und zwar über die zeitnahe unbürokratische Umsetzung bereits im Jahr 2019 unter Einbeziehung der bayerischen Hebammenverbände.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, damit unsere Kinder wieder einen sicheren Start ins Leben bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Enders. – Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits gesagt, die Versorgung mit Hebammenhilfe ist ein wichtiges, dringliches und auch drängendes Thema. Hebammen, besonders die freiberuflichen Hebammen, haben eine enorm wichtige Funktion in unserem Gesundheitswesen, die weit über die Geburtshilfe hinausgeht. Hebammen gewährleisten die Betreuung der Frauen und der Familien in einer extrem sensiblen Phase, und zwar nicht nur bei der Geburt, sondern auch bei der Geburtsvor-

bereitung und bei der Nachsorge. Sie übernehmen vermehrt Aufgaben, die sonst vom Familienverband geleistet worden sind.

Deswegen ist eine gleichbleibende und verlässliche Ansprechperson wie die Hebamme in dieser anspruchsvollen Zeit enorm wichtig, um den Neugeborenen einen optimalen Start ins Leben zu ermöglichen. Hebammen sind wertvolle Frühwarnsysteme und stehen gegebenenfalls am Anfang einer Präventionskette. Für diese wichtige Leistung sagen wir allen Hebammen und Entbindungspflegern in diesem Land ein ganz herzliches Dankeschön und Vergelts Gott!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe ist für die CSU-Fraktion von überragender Wichtigkeit. Deshalb haben wir schon in der letzten Legislaturperiode unseren ersten Dringlichkeitsantrag diesem Thema gewidmet; auch in dieser Legislaturperiode ist das zusammen mit den FREIEN WÄHLERN der Fall. Es gibt ein klares Signal: Für uns steht dieses Thema ganz oben auf der Liste. Es hat nicht an Dringlichkeit eingebüßt, auch wenn in den letzten fünf Jahren für die Hebammen schon enorm viel passiert ist.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Seidenath, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bernhard Seidenath (CSU): Bitte danach als Zwischenbemerkung. – Der Mangel an Fachkräften ist wahrscheinlich das drängendste Problem – das wollte Kerstin Celina wahrscheinlich gerade anmahnen – im Gesundheits- und Pflegebereich. Das gilt für die Pflegekräfte, für die Heilmittelerbringer, für die Ärzte, aber auch und besonders für die Hebammen. Zur Abhilfe wurde auf Bundesebene und auf bayerischer Ebene in den letzten Jahren enorm viel getan. Aktuell handelt der Freistaat Bayern für die Hebammen und Entbindungspfleger mit eigenen Programmen.

Ich möchte ein bisschen weiter ausholen. Wir brauchen Hebammen, die nicht nur in der Nachsorge, sondern auch in der Geburtshilfe tätig sind. Ein Hemmnis hierbei waren die stark gestiegenen Haftpflichtprämien der wenigen Versicherer, die es auf diesem Markt noch gibt. Um die Höhe dieser Haftpflichtprämien abzumildern, haben wir erstens die Vergütung der Hebammen in den letzten Jahren spürbar angehoben. Zweitens wurde der Regress der Krankenkassen gegenüber Hebammen auf Fälle von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz beschränkt; für leichte oder normale Fahrlässigkeit haftet eine Hebamme also nicht mehr.

Drittens wurde in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Sicherstellungszuschlag für die Geburtshilfe bis zu einer Höhe von 6.540 Euro pro Jahr eingeführt. Dazu kommen jetzt noch die eigenen bayerischen Lösungen: der Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr für jede freiberufliche Hebamme, die mindestens vier Geburten pro Jahr betreut, und jetzt die Niederlassungsprämie in Höhe von einmalig 5.000 Euro als Gründerpaket für Hebammen, die erstmals eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern aufnehmen. So steht es im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. So hat es der bayerische Ministerrat am 3. Dezember 2018 beschlossen.

Zu erwähnen ist hierbei aber auch das Zukunftsprogramm Geburtshilfe, mit dem wir wohnortnah Geburtshilfeeinrichtungen erhalten wollen. Hierfür erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte – das sind die Institutionen, die den Sicherstellungsauftrag haben – insgesamt 5 Millionen Euro, 40 Euro pro Geburt, mit denen sie die Hebammenversorgung in ihrem Bereich verbessern können. Hinzu kommt der Defizitausgleich für Geburtshilfeabteilungen an Krankenhäusern. Unter bestimmten Voraussetzungen übernimmt der Freistaat bis zu einer Million Euro des Defizits in diesen kleineren Abteilungen.

Schließlich – es ist bereits von Frau Kollegin Enders angesprochen worden – haben wir eine Studie anfertigen lassen, die IGES-Studie vom Juli 2018, zur Situation der Hebammen in Bayern, die nicht nur eine Bestandsaufnahme bringt, sondern auch einige Handlungsoptionen aufzeigt.

Fazit: Die Humanität unserer Gesellschaft zeigt sich am Umgang mit den Schwächeren und Schwächsten. Dazu gehören die Pflegebedürftigen, dazu gehören aber auch die Jüngsten. Im Familienland Bayern gilt unser Augenmerk den Neugeborenen und ihren Familien. Wir stehen deshalb zu den Hebammen und Entbindungspflegern mit vielen Maßnahmen, die ihresgleichen suchen und für die wir beachtliche Summen aufwenden: mit dem Hebammenbonus und nun mit dem Gründerpaket für freiberufliche Hebammen, das alles für den besten Start unserer Kleinsten ins Leben. Das bringen CSU und FREIE WÄHLER mit ihrem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Dann erteile ich der Abgeordneten Kerstin Celina das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie hatten erwähnt, dass Sie in der letzten Legislaturperiode einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Hebammen eingebracht haben. Ich erinnere mich deshalb so genau daran, weil dazu meine erste Rede im Bayerischen Landtag war. Damals hatten Sie gefordert, die Bundesregierung bei ihrem Bemühen zu unterstützen, die Problematik der Hebammenversicherung weiterzubringen.

Was kam danach? – Danach kam erst mal ganz lange nichts. Wir GRÜNE haben, zum Teil unterstützt von den anderen Oppositionsfraktionen, in der letzten Legislaturperiode diesbezüglich mehrere Vorschläge gemacht. Unter anderem umfassten unsere Vorschläge genau das, was heute als Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN mit viel Eigenlob gebracht wird. Das hatten die GRÜNEN bereits vor zwei Jahren beantragt. Damals hatten Sie unsere Vorschläge, nämlich diese Niederlassungsprämie, noch abgelehnt. Wir hatten damals nicht nur den einen Antrag gebracht, sondern noch mehrere, zum Beispiel den, Wohnungen usw. für Hebammen bereitzustellen und einiges mehr. Sie wurden alle abgelehnt. Ein Teil davon findet sich jetzt in

dem Gutachten wieder, das das Staatsministerium erstellt hat. Wir haben vorhin gehört, dies sei nur der erste Schritt.

Meine Frage an Sie und an die CSU-Fraktion: Was sind die nächsten Schritte? Sind es die Maßnahmen, über die wir schon gesprochen haben, oder eigene, mit denen Sie die Hebammen in Zukunft unterstützen wollen? Denn das kann ja nur der allererste Schritt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Seidenath (CSU): Zunächst, liebe Frau Kollegin, danke ich Ihnen für dieses qualifizierte Lob. Sie hätten es also genauso gemacht. Passt!

Wir können auch sagen, in diesen fünf Jahren – so lange hat die letzte Legislaturperiode gedauert – hat sich die Vergütung für die Hebammen deutlich erhöht. Ich kann in Erinnerung rufen: Wir hatten im Januar 2013 eine Erhöhung um 13 %. Wir hatten im September 2015 eine Anhebung um 5 %, und die Vergütung wurde im Juli 2017 noch einmal um 17 % angehoben. Dort ist also schon etwas passiert, damit die Hebammen ihre wirklich hohen Haftpflichtprämien begleichen konnten. Diese Haftpflichtprämien sind in dieser Zeit durch unser Handeln auch nur moderat gestiegen. Wir haben den Regress der Krankenkassen, bei dem sie auf die Hebammen zurückgreifen, auf die Fälle der groben Fahrlässigkeit und des Vorsatzes beschränkt, wie ich gerade ausgeführt habe. Das heißt, wir hoffen, dass dieses Konsortium – ein rein bayerisches, nur Bayern versichert noch Hebammen – weiter am Markt sein wird. Bis 2021 ist dies gesichert. Wir werden also auf diesem Weg weitergehen, sodass wir auf diese Weise eine sichere Situation für die Hebammen schaffen.

Ich denke, Frau Celina, es ist schon viel passiert, und Sie dürfen das nicht gering-schätzen. Diese 40 Euro pro Geburt für die Landkreise und kreisfreien Städte ermöglichen jenen, die einen Sicherstellungsauftrag haben, echte Einflussmöglichkeiten. Damit kann man wirklich viel tun. Dazu kommen die 1.000 Euro Hebammenbonus, und es waren gerade Leute aus Ihren Reihen, die das als Wahlkampfgeschenk ver-

spottet haben. Jetzt höre ich immerhin ein Lob heraus. 1.000 Euro für jede freiberufliche Hebamme mit mindestens vier Geburten im Jahr, das ist aller Ehren wert und hätte auch einmal ein echtes Lob von Ihrer Seite verdient. Auf diese Weise werden wir weitermachen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu kommen die 5.000 Euro für alle, die jetzt beginnen, sich niederzulassen – ich habe ausgeführt, wir brauchen gerade Hebammen, die in der Geburtshilfe tätig sind – und für jene, die ihre Praxis einrichten und auf die Geburtshilfe zuschneiden. Das ist der richtige Weg, und auf diesem gehen wir weiter. Deshalb danke für Ihre Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Celina (GRÜNE): Ich habe doch nach der Zukunft gefragt! Dazu haben Sie nichts gesagt!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter Seidenath. – Als Nächste hat die Abgeordnete Christina Haubrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der werdenden Eltern in Bayern wird immer prekärer. Trotz steigender Geburtenraten schließen vor allem im ländlichen Raum viele Geburtshilfestationen, und die Zahlen der Betten gehen zurück. In den vergangenen Jahren haben in Bayern zwölf Geburtshilfestationen ganz oder vorübergehend geschlossen. Grund der Schließung: Personalmangel. Gerade für werdende Eltern auf dem Land, aber auch für werdende Eltern in der Stadt sorgt diese Situation für große Verunsicherung. Weite Anfahrtswege sind die Folge, und von einer Wahlfreiheit kann schon kaum mehr die Rede sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Anlass für Ihren heutigen Dringlichkeitsantrag ist die Einführung eines Starterpakets von 5.000 Euro für Hebammen, die sich freiberuflich niederlassen. Diese Forderung haben wir vor exakt zwei Jahren gestellt, weil absehbar war, dass es immer schwieriger werden würde, genügend Hebammen zu finden, die sich im geburtshilflichen Bereich engagieren und nicht nur Vor- und Nachsorge durchführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Antrag ist, obwohl er schon damals dringlich war, mit den Stimmen der CSU und auch der SPD abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es freut mich, dass Sie jetzt, mit zwei Jahren Verspätung, die Brisanz des Themas erkannt haben. Deshalb werden wir diesen Antrag auch unterstützen; denn es war ja schließlich unsere Idee.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Etwas irritiert mich allerdings, dass die Pressemeldung der FREIEN WÄHLER schon herausgegeben wurde, obwohl wir noch nicht einmal über den Antrag abgestimmt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es muss sich für Hebammen lohnen, im Krankenhaus zu arbeiten, und sie müssen dafür die ihnen zustehende Anerkennung bekommen. Zu viele haben dieser Tätigkeit bereits den Rücken gekehrt. Es ist schwer, sie wieder zurückzugewinnen. Dafür braucht es Maßnahmen weit über das hinaus, was von Ihnen bereits beschlossen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zumindest aber wird das Problem jetzt erkannt, nachdem Ihre Studie nun fertig ist. Jetzt müssen Taten folgen. Die Hebammen draußen, die sich in den letzten Monaten und Jahren abgearbeitet haben, sind enttäuscht, dass ihre Kolleginnen, die neu zu ihnen ins Team kommen, ein Starterpaket von 5.000 Euro bekommen und sie nicht. Aber auch diese Hebammen, die viele Jahre gute Arbeit geleistet haben, brauchen noch mehr Unterstützung, mehr als 1.000 Euro Hebammenbonus im Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen auch keine Almosen von Ihnen, sondern dass ihre wertvolle Arbeit anerkannt wird und sich dies auch in einer angemessenen Bezahlung widerspiegelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang muss nochmals über eine höhere Vergütung, auch durch die Krankenkassen, nachgedacht werden. Das Geld wäre gut angelegt und würde Müttern in Bayern wieder die angemessene Unterstützung bei der Entbindung sichern.

Um dieses Problem zu lösen, greifen im Moment die Landkreise und Kommunen tief in die Taschen, obwohl es eigentlich nicht ihre Aufgabe ist. Das Schlimme daran ist, dass sich alle Kommunen bei dem Versuch, die geburtshilflichen Hebammen und Ärzte zu unterstützen, auch noch angreifbar machen, weil es eigentlich nicht zulässig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die von der EU angestrebte zwölfjährige Schulzeit, die konsequenterweise die Akademisierung der Hebammen nach sich zieht und in anderen Bundesländern schon längst eingeführt wurde, wird allein nicht helfen. Das heißt, die Vergütung der Hebammen muss nochmals deutlich angehoben werden; denn warum sollte jemand mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium für das Geld arbeiten, das schon jetzt viel zu wenig ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sicherungszuschlag ist ebenfalls ein Anfang, aber auch dieses Thema ist damit nicht abgeschlossen. Die Versicherungsprämien steigen in jedem Jahr weiter, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern massiv. Der Sicherungszuschlag muss fortlaufend angepasst werden, damit die Belastungen für die Hebammen auf dem gleichen Niveau bleiben und nicht zu einer ständig steigenden Belastung werden.

Der Wunsch der Hebammen und der Eltern ist es, dass Geburten an kleinen Häusern möglich sind. Der Trend geht im Moment dahin, die kleinen Häuser zu schließen und Geburten nur noch an großen Kliniken zu ermöglichen, und das, obwohl Sie immer davon sprechen, die ländlichen Regionen stärken zu wollen. Diese Schließungen müssen verhindert werden. Das sind wir den Müttern und den jungen Familien in Bayern schuldig, denen eigentlich sogar eine Wahlfreiheit zugesichert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fordern immer eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung von Müttern in Bayern. Das ist richtig, aber was heißt für Sie "wohnortnah"? Durch die Schließung kleiner Häuser gibt es mittlerweile Gegenden in Bayern, in denen die Fahrtzeit zur nächsten Klinik 45 Minuten und mehr beträgt. Das kann nicht sein! Die Erreichbarkeit einer Geburtshilfestation muss in 30 Minuten gesichert sein. Daher brauchen wir auch kleine Häuser und müssen alles daransetzen, das nötige Personal bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie noch deutlichere Zeichen setzen, und wir warten auf Ihre Initiativen, die Sie angekündigt haben. Wir GRÜNEN haben dazu bereits etliche Vorschläge gemacht, die Sie bisher leider immer abgelehnt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Haubrich. – Als Nächster hat der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie es für die Koalition typisch ist, versucht man jetzt wieder, mit dem Geldhahn die Probleme in Bayern zu lösen, diesmal bei den Hebammen und Entbindungspflegern mittels einer Gründungsprämie. Mag der Antrag zum Wohl der Hebammen und der gesundheitlichen Versorgung von Müttern und Säuglingen auch noch so gut gemeint sein, die Probleme der Geburtshilfe in Bayern löst er leider nicht. Nein, es werden sogar Anreize geschaffen, noch mehr Hebammen in das Risiko der freiberuflichen Selbstständigkeit zu locken.

Das grundlegende Problem, meine Damen und Herren, ist die Haftpflichtversicherung für Hebammen, die die kleinen Gewinne auffrisst und oftmals gerade freiberufliche Hebammen in den Ruin treibt.

(Tobias Reiß (CSU): Das wird doch erstattet von den Krankenkassen! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das weiß er doch nicht!)

Hier wäre der richtige Schritt, die Hebammen von der Last der übergebührenden Haftpflichtversicherung zu befreien.

Man darf sich weiter fragen, warum die Staatsregierung die Hebammen dem Risiko der beruflichen Selbstständigkeit aussetzt, während sich der Staat in den bayerischen Krankenhäusern mehr und mehr der Verantwortung, vor allem dem finanziellen Risiko der Geburtshilfe, entzieht.

(Beifall bei der AfD)

Wie aus der Antwort der Staatsregierung vom 12. Januar 2019 auf eine Schriftliche Anfrage hervorgeht, wurden zwischen 2008 und 2018 in öffentlichen bayerischen Kliniken 39 Geburtshilfestationen dauerhaft oder vorübergehend geschlossen, davon 38 in Krankenhäusern der Grundversorgung, also in Krankenhäusern der ersten Versorgungsstufe. 11 davon wurden in Oberbayern geschlossen, in den ländlichen Regionen wie Mittelfranken 6, in der Oberpfalz 3, in Schwaben 6 und in Unterfranken 6.

Welche Linie verfolgt die Staatsregierung? – Die weniger rentablen Geburtsstationen verschwinden aus den Kreiskliniken, aber die Hebammen sollen das Risiko freiberuflich tragen. Die Koalition schwächt mit ihrem Antrag die medizinische Versorgung von Gebärenden auf dem Land und stiehlt sich selbst aus der Verantwortung; denn eine Verlagerung von Hebammenpraxen in dichter besiedelte Räume ist zu erwarten, da der Antrag eben keine Regulierung der Flächenverteilung vorsieht.

Meine Damen und Herren der Koalition, um Sie abschließend in die Realität zurückzuholen: Die läppischen 5.000 Euro Prämie gehen bereits für die Maklerprovision bzw. die Kautions für die Praxisräume drauf. Wie die Kollegin Enders bereits richtig erkannt hat, ist das lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der AfD)

Hebammen zu unterstützen ist wichtig und richtig und auch unser Anliegen. Ihr Antrag weist aber Lücken und Fehler auf und geht in die falsche Richtung. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Winhart. – Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich war vorhin etwas überrascht, dass ausgerechnet die Antragstellerin ihren Beitrag mit einer Beschwerde über Sonntagsreden zu diesem Thema eingeleitet hat. Ganz ehrlich gesagt: Wir haben gerade die Dringlichkeitsanträge auf der Tagesordnung. Dieser Antrag enthält die Aufforderung, dass wir die Initiative der Staatsregierung begrüßen sollen. Ich weiß nicht, ob ein Dringlichkeitsantrag das richtige Instrument hierfür ist.

(Beifall bei der SPD)

Das alleinige Ziel ist es, das Hohe Haus als Werbebühne für die Initiative der Staatsregierung zu nutzen. Das ist aber eigentlich nicht unsere Aufgabe. Das finde ich auch unangemessen.

Beide Redner der Koalition haben die ganz großen Themen wie die gesamte Hebammenversorgung, die bestehenden Nöte, die Nöte der Mütter und die Schwierigkeiten der Hebammen aufgerufen. Man kann jetzt nicht so tun, als ob dieser Beitrag wirklich die Lösung wäre. Es geht darum, dass einmalig 5.000 Euro, und zwar im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel, für neue freiberufliche Hebammen zur Verfügung gestellt werden.

Im Antrag heißt es explizit, dass es um den Anspruch der Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung gehe. Bitte schön, wir wissen aus der hier zitierten Studie, dass gerade einmal 10 % der Mütter diese Beleghebammen in Anspruch nehmen. Es geht um eine einmalige Zahlung an die neuen Hebammen; die alten, die bisherigen Hebammen bekommen nichts. Die festangestellten Hebammen bekommen auch nichts. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings stimmen wir aus dem einfachen Grund zu, dass 5.000 Euro für wenige besser sind als keine 5.000 Euro für alle. Vor allem stimmen wir wegen des zweiten Punktes Ihres Antrags zu. Hier wird ein Bericht zur Umsetzung und zu den weiteren Schritten gefordert, der im Ausschuss für Gesundheit und Pflege gegeben werden soll. Ich bitte, diesem Bericht die Information beizufügen, wo denn eingespart wird, wenn diese Prämie künftig aus vorhandenen Stellen und Mitteln finanziert werden soll. Wir würden gerne wissen, an welcher Stelle das Geld gestrichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Waldmann.

– Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich mich für die vielen Glückwünsche zu meinem Geburtstag bedanken. Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich einen Bogen spannen: Jemand, der mich nicht kennt, jemand, der es sich leicht macht, schenkt mir zum Geburtstag einen Gutschein oder Geld. Genau so machen Sie es. Sie machen es sich zu leicht, wie Sie es sich schon beim Landespflegegeld und beim Familiengeld zu leicht gemacht haben. Das kann nicht sein. Lassen Sie uns einen Blick auf die bestehenden Herausforderungen werfen, die Sie durch Ihre IGES-Studie vor Augen geführt bekommen haben.

Die bestehenden Herausforderungen sind: 60 % der Hebammen wollen ihre Arbeitszeit reduzieren. Glauben Sie tatsächlich, dass mit 5.000 Euro hier etwas erreicht ist? 80 % der Hebammen arbeiten mehr, als sie wollen. Glauben Sie, dass Sie mit 5.000 Euro hier etwas erreichen? 70 % der Hebammen haben mehr Anfragen, als sie annehmen können, in München sogar 90 %. Glauben Sie tatsächlich, dass Sie mit 5.000 Euro etwas erreichen können?

(Beifall bei der FDP)

2 % der Wöchnerinnen in Bayern finden keine Wochenbettbetreuung. Das sind rund 2.800 Mütter im Jahr. Glauben Sie tatsächlich, dass Sie mit 5.000 Euro hier etwas erreichen können? Keines dieser Probleme können Sie mit Ihrer Gründerprämie beeinflussen.

(Beifall bei der FDP)

Besser hätten Sie auf die Ergebnisse der eigenen Studie gehört, damit wäre den Eltern und Hebammen in Bayern wirklich geholfen, zum Beispiel: die Verbesserung von In-

formation und Monitoring, die Verbesserung der Hebammenvermittlung beispielsweise durch ein staatlich gefördertes Hebammennetzwerk, der Ausbau der Ausbildungsplätze an Berufsschulen oder künftig an Hochschulen, die Akademisierung muss entsprechend möglichst zeitnah umgesetzt werden, die Unterstützung bei der Finanzierung der bereits angesprochenen horrenden Haftpflichtversicherungen, die jedes Jahr um circa 20 % steigen, oder das Austesten des Konzeptes des hebammenbegleiteten Kreißsaals, wie Ihnen vorgeschlagen wurde.

Das sind alles gute Vorschläge, die sich schnell und mittelbar umsetzen lassen und eine nachhaltige Verbesserung versprechen. Ich selbst bin freiberuflicher Arzt, und als Freier Demokrat freue ich mich über jeden, der bereit ist, sich niederzulassen. Ich wehre mich aber gegen reine Symbolpolitik. Ich vermisse bei Ihrem Gründerpaket das Interesse an einer wirklichen substanziellen Verbesserung der Lage. Lassen Sie uns in Zukunft gemeinsam im Interesse der Hebammen nachhaltig handeln.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Frau Staatsministerin Huml hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich darüber, dass heute zum Thema Hebammen und im Weiteren Geburtshilfe eine so intensive Diskussion entstanden ist. Das zeigt, dass dieses Thema allen auf den Nägeln brennt. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass wir nicht bei null anfangen. Manchmal entstand heute der Eindruck, als hätte man sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt. Das ist wirklich nicht der Fall. In den letzten Jahren ist bereits viel geschehen. Nicht umsonst haben wir eine Studie auf den Weg gebracht, um noch sachkundiger weitere Projekte auf den Weg zu bringen. Deswegen möchte ich ein Dankeschön dafür aussprechen, was bereits für die Hebammen geleistet worden ist. Ich kann allen Hebammen und Geburtshelfern nur sagen: Wir brauchen sie. – Wir wollen in Bayern weiterhin eine flächendeckende Ver-

sorgung in der Geburtshilfe sicherstellen. Das ist keine Sonntagsrede. Wir tun alles dafür, dass dies ermöglicht wird.

(Beifall bei der CSU)

Es ist korrekt und beschäftigt mich auch, dass Geburtshilfestationen schließen. Das hat verschiedene Ursachen: Zum einen gibt es für die Krankenhäuser wirtschaftliche Gründe, und zum anderen gibt es nicht genügend Personal, Ärzte bzw. Hebammen. An diesen verschiedenen Punkten setzen wir an. Wir haben ein Geburtshilfe-Förderprogramm auf den Weg gebracht. Die erste Säule ist, dass wir den Kommunen 40 Euro pro geborenem Kind zur Verfügung stellen. Wir haben schon rund 50 Anträge allein im Jahr 2018 bewilligt. Es geht darum, dass die Kommunen Plattformen schaffen, mittels derer Hebammen vermittelt werden können und mittels derer sich Hebammen austauschen können. Da läuft schon einiges. Ich freue mich, wenn man vor Ort im Gespräch nach Lösungen sucht und diese erarbeitet.

Mit der zweiten Säule unseres Geburtshilfeförderprogramms wollen wir Krankenhäuser unterstützen, die aus wirtschaftlichen Gründen keine Geburtshilfestation betreiben können. Das ist mit den FREIEN WÄHLERN in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden, weil es uns wichtig war, das finanziell zu hinterlegen.

Das gilt auch für die Hebammen. Herr Kollege Seidenath hat bereits ausgeführt, wir sind auch auf Bundesebene aktiv geworden. Die Haftpflichtprämien für Hebammen sind rasant gestiegen und haben zu Schwierigkeiten geführt. Wir haben erreichen können, dass es einen Sicherstellungszuschlag gibt. Ich kann die Hebammen nur auffordern, diesen auch zu beantragen, um die Haftpflichtprämien abfedern zu können. Es ist notwendig, dass die Hebammen ihre Arbeit vor allem in der Geburtshilfe leisten können, nicht nur in der Vor- und Nachsorge. Das ist uns ein großes Anliegen.

Auf Bundesebene haben wir auch dafür gesorgt, dass sich die Haftpflichtprämien langfristig stabilisieren. Herr Kollege Bernhard Seidenath hat schon darauf hingewie-

sen, wann ein Regress möglich ist. Wenn es notwendig ist, werden wir auch weiterhin auf Bundesebene aktiv sein, weil wir zu den Hebammen stehen.

In Bayern haben wir den Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro für Hebammen eingeführt, die vor allem in der Geburtshilfe tätig sind. Wir wollen, dass die Hebammen wieder und weiterhin in der Geburtshilfe tätig sind.

Die Hebammenstudie – das ist korrekt – haben wir auch auf den Weg gebracht. Warum? – Die Anzahl an Hebammen in Bayern steigt. Dennoch suchen junge Frauen oft vergeblich eine Hebamme. Deshalb kam die Frage auf: Wie ist das zusammenzubringen? Die Anzahl an Hebammen steigt, gleichzeitig haben wir einen erhöhten Bedarf an Hebammen. Wie passt das zusammen? Deswegen haben wir diese Studie mit diesen Fragen in Auftrag gegeben. Im Februar werden wir mit den Hebammenverbänden, mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Krankenkassen und den Krankenhausträgern einen Runden Tisch einberufen und über die Ergebnisse der Studie sprechen. Vielleicht wird es noch weitere Projekte geben, die dann interessant sind. Wir haben gehört, dass die Fraktionen Ideen geäußert haben. Wir sind nicht abgeneigt, die eine oder andere Idee aufzunehmen. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen sind wir der Frage nachgegangen, was man noch tun kann, um die Hebammen vermehrt in die Freiberuflichkeit zu führen.

Heute haben Sie die Frage gestellt: Wann kommt das? Wie ist das? Ist das was für die lange Bank? – Nein, wir wollen das Geld ab September 2019 auszahlen. Warum zahlen wir es erst im September 2019 aus? – Die Ausbildung erfolgt in Schuljahren. Wenn wir das Geld im Januar ausgeben würden, wäre wahrscheinlich kein großer Bedarf vorhanden. Vielmehr besteht Bedarf, wenn die Hebammen ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Das ist der weitere Weg.

Wir wollen die Richtlinien zusammen mit den Hebammenverbänden entwickeln. Ich freue mich, wenn wir diesen Weg gemeinsam beschreiten können. Gerne werden wir noch ausführlicher im Ausschuss berichten. Wir haben uns für die Hebammen mit dem

Geburtshilfe-Förderprogramm und mit bayerischen Geldern eingesetzt. Wir werden nicht nachlassen. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Huml. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/133 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen der Fraktionen der FDP und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.